

Schnitt mit dem Skalpell

Bundestag kritisiert Baku / Europa-Spiele nicht erwähnt

mr. BERLIN. Gerade scheint alle Welt verstanden zu haben, dass Sport und Politik doch nicht zu trennen sind, da versucht die große Koalition in Berlin genau dies. Just als der Überdruß mit Händen zu greifen ist: dass autoritäre und undemokratische Regimes Sportfeste und Meisterschaften zusammenkaufen, um sich und ihre Macht zu feiern. Und just als in demokratischen Gesellschaften Skepsis und Ablehnung von Großevents olympischer Dimension (und korrupter Verbände, die sie vergeben) Mehrheiten gewinnen, verkneift sich das Parlament, im Antrag zum Umgang mit den Menschenrechtsverletzungen in Aserbaidschan auf den aktuellen Anlass seiner Kritik einzugehen. Zwar verabschiedete der Deutsche Bundestag am Freitag, als die Autokratenfamilie Alijew in Baku sich und ihre Herrschaft mit der Eröffnung der ersten Europa-Spiele hochleben ließ, eine Resolution zur systematischen und zunehmenden Unterdrückung von Kritik und bürgerlicher Freiheit. Doch wie mit dem Skalpell war daraus jeder Bezug zum Sport entfernt worden.

Sollte dies der Versuch gewesen sein, einerseits der politischen Verpflichtung zur Verteidigung der Menschenrechte

gerecht zu werden, andererseits dem Potentaten mit seinen riesigen Ölfeldern nicht das Sportfest verderben zu wollen, dann gelang er nicht ganz. "Solange sich autoritäre Staaten wie Aserbaidschan nicht glaubhaft um Demokratisierung und Einhaltung der Menschenrechte bemühen, sollten große internationale Sportereignisse nicht dorthin vergeben werden", sagte Michaela Engelmeier, die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, in der Debatte am Freitag und zitierte damit wörtlich eine Passage aus dem Entwurf, wie ihn der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe auf den Weg gebracht hatte, der aber in der Resolution vom Freitag fehlte. Und weiter: "Erfahrungen mit den Olympischen Spielen in China und Russland und der Eishockey-Weltmeisterschaft in Belarus zeigen, dass positive Auswirkungen auf die Lage der Menschenrechte im betreffenden Land ausbleiben." Wie ihre Fraktionskollegin Ute Finckh-Krämer nannte sie die inhaftierten Journalisten Khadija Ismajilowa, Turkhan Karimow, Seymour Haziyew, Ilgar Nasibow, Leyla und Arif Junus, Rasul Jafarow und Rauf Mirkadirow beim Namen und forderte ihre Freilassung. Der CDU-Abgeordnete Frank Heinrich nannte Jafarow seinen Freund.

Er hat ihn vor dem European Song Contest 2012 kennengelernt. Jafarow ist für die Aktion "Songs for Peace" zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Heinrich drückte seinen Respekt vor Christian Schreiber aus, dem Sprecher der deutschen Athleten, weil er in dieser Zeitung die Freilassung der politischen Gefangenen in Aserbaidschan gefordert hat. (Siehe Kommentar Seite 36.)

Empört äußerten sich die Abgeordneten über die Aufforderung Baku an die OSZE, das Büro ihres Projektkoordinators in Aserbaidschan zu schließen. Sie war diese Woche bekanntgeworden. Ute Finckh-Krämer forderte die Bundesregierung auf, Aserbaidschan ein Zeichen der Missbilligung zu geben. Seit der Wiederwahl von Präsident Alijew 2013, beklagte Heinrich, habe sich die Menschenrechtslage in Aserbaidschan drastisch verschlechtert. Der Grünen-Abgeordnete Özcan Mutlu lobte, bevor er gegen den Antrag stimmte: "Ich hätte Ihnen nicht zugetraut, so klare Worte in Ihrem Antrag zu finden." Der Linken-Abgeordnete André Hahn warnte vor zweierlei Maß im Umgang mit dem Land. Er kündigte an, zu den Spielen nach Baku zu reisen und sich ein Bild von der Lage zu machen.